

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Auf der Linie der Mutterpartei



Parolenfassungen bei der FDP: ein demokratischer Vorgang.

(Photo ruti)

Am 4. Dezember 1994 haben die Stimmberechtigten Ja gesagt zum Krankenversicherungsgesetz (KVG), die Krankenversicherungs-Initiative von S und Gewerkschaften dagegen deutlich abgelehrt. Ebenfalls klar zugestimmt wurde den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Die FDP hatte sich dafür besonders eingesetzt. Dass der Souverän ihr darin so überaus deutlich gefolgt ist, ist ein Erfolg. Bei allen drei Vorlagen lag der Entscheid auf der Linie der Mutterpartei.

AMK. Eine ganze Reihe von Kantonalparteien waren beim KVG anderer Meinung als die schweizerische Partei. Ist das ein Zeichen mangelnder Geschlossenheit der FDP? Sicher nicht.

Die Parolenfassungen sind ein demokratischer Vorgang. Es ist daher natürlich, dass in umstrittenen Fragen – und beim KVG konnte man, wie das knappe Resultat zeigt, mit guten Gründen unterschiedlicher Meinung sein – verschiedene Ansichten vertreten werden. Hinzu kam bei dieser Vorlage noch die spezielle Sicht der Kantone, vielerorts prominent dargestellt durch die Regierungsräte.

Keine Differenzen zwischen den Kantonalparteien und der Mutterpartei gab es bei den anderen beiden Vorlagen. Das deutliche Nein zur Initiative «für eine gesunde Krankenversicherung» zeigt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sozialistische und überholte Rezepte in der Sozialpolitik ablehnen und keine weiteren Lohnabzüge wollen. Mit der Inkraftsetzung der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht können Missbräuche unserer Asylgesetzgebung endlich wirkungsvoll bekämpft werden.

■

Inhalt

Ganz gross feiern wir Bundespräsident Kaspar Villiger, den Vizepräsidenten des Bundesrates, Jean-Pascal Delamuraz, Nationalratspräsident Claude Frey und den Vizepräsidenten des Ständerates, Otto Schoch,

auf Seite 5

Alles Gute! ★

Die FDP-Geschäftsleitung und das Generalsekretariat wünschen allen FDP-Mitgliedern und Sympathisanten frohe Festtage und entbieten die besten Wünsche zum Jahreswechsel.

★ Wir danken allen Männern und Frauen für ihren Einsatz im zu Ende gehenden Jahr, den sie als Politikerin und Politiker auf jeder Stufe geleistet haben, als Mitarbeiter in den verschiedenen Gremien der Partei, aber auch als Staatsbürger, welche im persönlichen Gespräch mit ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder für unsere freisinnigen Anliegen eintreten.



DIR. SCHW. LANDESBIR.
HALLMYLSTRASSE 15
3003 BERN

228

10563

Tschetschenien ausräuchern?

Am 1. November vor drei Jahren hatte sich Tschetschenien als unabhängig erklärt. Von Russland aus gesehen ist es die «Räuberhöhle des Kaukasus». Präsident Boris Jelzin hat befohlen, sie «ausräuchern». Möglicherweise wird ein Pulverfass gezündet.

Jacques Baumgartner

Jelzin hatte schon vor drei Jahren Truppen nach Tschetschenien einmarschieren lassen wollen. Der damalige Oberste Sowjet in Moskau war dagegen. Der russische Präsident sollte als Zauderer dargestellt werden. Einer seiner erbittertsten Rivalen zu jener Zeit war Ruslan Chasbulatow gewesen, selbst ein «heimatloser» Tschetschene. Jetzt interveniert Jelzin, um einerseits Nationalisten und Kommunisten in der Staatsduma (Parlament) den Wind aus den Segeln zu nehmen. Andererseits steigt der Unmut in den russischen Streitkräften, wird auch zunehmend Verteidigungsminister Pawel Gratschow kritisiert.

Gratschow hatte Jelzin im «Blutoktober» 1993 gerettet, als Chasbulatow und Ex-Vizepräsident Aleksandr Rutskoi offen zur Rebellion aufriefen, sich bewaffneten und mit Gesinnungsgenossen im Parlament in Moskau verschanzten. Es kam zum Sturm auf das Parlamentsgebäude. Ob wirklich Gratschow den Präsidenten rettete, ist heute allerdings fraglich. Es könnte auch General Aleksandr Lebed, Befehlshaber der 14., im moldawischen Dnjesterland stehenden Armee gewesen sein. Heute wird Lebed als möglicher Nachfolger von Gratschow genannt.

Der Hintergrund ist die Ermordung eines Journalisten. Am vergangenen 17. Oktober fiel der 27-jährige Dmitri Cholodow einem Attentat zum Opfer. Er hatte eine Korruptionsaffäre aufgedeckt, in die höhere Offiziere verwickelt sind. Gratschow musste sich von seinem Stellvertreter, General Matwei Burlakow, auf Geheiss von Jelzin trennen. Gratschow wird dahin zitiert, dass



seine «grössten Feinde Dmitri Cholodow und die islamischen Fundamentalisten» seien.

«Heiliger Krieg»

Tschetschenien betrachtet sich als islamische Republik, und Präsident Dschochar Dudajew hat zum «heiligen Krieg» gegen die «ungläubigen» Russen aufgerufen. Dudajew hatte in den früheren sowjetischen Streitkräften den Rang eines Generals der Luftwaffe inne. Er war Bomberpilot der Strategischen Luftstreitkräfte im Fernen Osten. Vor drei Jahren brach er mit Moskau und verkündete in Grosny die Unabhängigkeit Tschetscheniens. Er führte das islamische Strafrecht ein, liess Geldscheine und Briefmarken mit seinem Konterfei drucken, gewährte Landsleuten Schutz, die im benachbarten Russland unter anderem Busse entführt und Geiseln genommen hatten, um Millionen von Dollar zu erpressen.

Im Nordkaukasus kämpft derzeit im Grunde jeder gegen jeden. Russland beziehungsweise die Föderation Russland, wird von 82,6 Prozent Russen bewohnt. Die Föderation umfasst aber auch hundert ethnische Volksgruppen. Während etwa 25 Millionen Russen ausserhalb Russ-

lands in Republiken der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) wohnen, siedeln auf dem Gebiet der Föderation fast ebenso viele, wenn nicht gar mehr Angehörige anderer Nationen. Der Nordkaukasus ist eine Region, in der die frühere Sowjetmacht teilte und herrschte.

Willkür

Die Sowjetisierung seit den zwanziger Jahren nahm keine Rücksicht auf ethnische Grenzen und teilte absichtlich mehrere Nationalitäten in unterschiedliche autonome Regionen. Im Nordkaukasus, in dem schätzungsweise fünf Millionen Menschen aus sechzig verschiedenen Volksgruppen leben, wurden die inneren Grenzen der Sowjetunion über dreissigmal geändert. Ursache der heutigen Konflikte sind die unter dem Sowjetdiktator Josef Stalin praktizierte, oft willkürliche Gliederung in Republiken, selbständige Gebiete und Kreise sowie Deportationen und Zwangsvereinigungen unterschiedlicher Völker.

Die Republik Tschetscheno-Inguschien stellte als sogenannte binationale Gebietseinheit ein typisches Gebilde des Stalinschen Autonomie-Modells dar. Es wurde 1944 vom Diktator aufgelöst. Vier Jahre nach seinem Tod, 1957, wurde es wiederhergestellt. Nach dem Exitus der Sowjetunion spaltete sich die Republik in eine tschetschenische und eine inguschische. In Tschetschenien leben auf 19 200 Quadratkilometern etwa 1,183 Millionen Menschen, davon 730 000 Tschetschenen und 163 000 Inguschen sowie 290 000 Russen.

Unabhängigkeit

Dudajews Tschetschenien ist von Estland, Litauen, Iran und der Türkei völkerrechtlich anerkannt worden. Die ersten Kämpfe bra-

chen in Tschetschenien aus, als sich die ebenfalls nach Unabhängigkeit strebende Region Nadtereschni abspaltete. Zu Spannungen und Kämpfen kam es mit der prorussischen Opposition in Grosny, als der Bombergeneral eigenmächtig die Präsidialherrschaft ausrief und verfassungswidrig das Parlament auflöste. Ein Dutzend Stämme verbündete sich mit Russen gegen Dudajew und seine Anhänger.

Zum Tschetschenien-Konflikt kam bereits zuvor eine blutige Auseinandersetzung mit der Republik Inguschien. Die Republik Inguschien, im Juli 1991 selbstproklamiert, wurde offiziell im Juni 1992 vom russischen Parlament unter Verbleib in der Föderation Russland gegründet. Damit unterlief Russland die Absicht von Dudajew, eine Teilung von Tschetscheno-Inguschien zu verhindern. Aber es kam zu Auseinandersetzungen im inguschischen Grenzgebiet zu Tschetschenien und Nordossetien. Die Inguschen versuchten alte, historische Siedlungsgebiete in Nordossetien zu besetzen. Jelzin entsandte Truppen in das Gebiet; dieser Krieg endete mit einem Waffenstillstand. Aber Inguschen und Tschetschenen werfen den Russen Parteinahme für die Osseten vor und sprechen von «ethnischen Säuberungen».

Pulverfass

Der zum Islam konvertierte frühere Kommunist Dudajew hat die Nachbarvölker zum «heiligen Krieg gegen die russischen Besatzer» aufgerufen. Mit einem «heiligen Krieg» hatten es die islamischen Kaukasusvölker vor hundertfünfzig Jahren gegen die Kosaken des Zaren versucht. Der Aufruf hat bisher kein grosses Echo gefunden, aber in Moskau ist die Rede von einem «nordkaukasischen Pulverfass». – Im vorigen Jahrhundert hatte der Kreml in Moskau drei Jahrzehnte und 300 000 Soldaten gebraucht, um die Kaukasusvölker niederzuringen. ■

Ursula Brasey lacht möglichst viel und herzlich

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf eine gesunde und ausgeglichene Volkswirtschaft und damit verbundene umgreifende Einsicht, dass unser Staat keinen Selbstbedienungsladen darstellt.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Bundes- und Staatsfinanzen und das zunehmende Wahrnehmen von Partikularinteressen. Die Probleme der Gegenwart scheinen immer weniger aus einem gesamtschweizerischen als einem persönlichen egoistischen Blickwinkel und Betroffensein betrachtet zu werden.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Erfindung des Rades war sicherlich sehr bedeutend. Eine entbehrliche Erfindung kenne ich nicht, da sie sich gar nicht vermarkten liesse.

Was lieben Sie an der Schweiz?

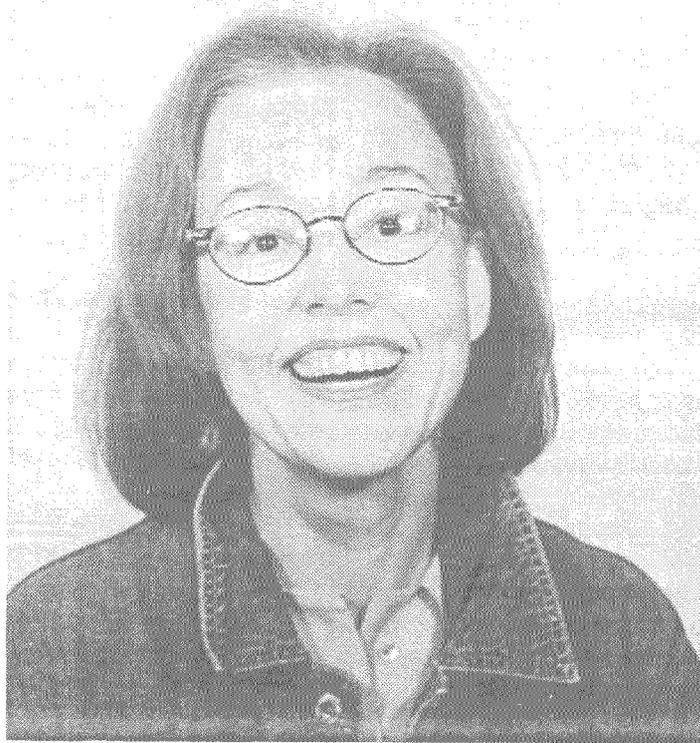
Sie erweckt bei mir ein Gefühl des Wohlbefindens, das mit Geborgenheit und Zuhausesein umschrieben werden kann.

Was misfällt Ihnen in unserem Land?

Bürokratie und «Kantönligeist» und die damit verbundene Einbusse an Effizienz.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Nein. Fortschritt ist notwendig, um Bestehendes zu erhalten. Das



Ursula Brasey: früher kaufmännische Angestellte, heute Gerichtsschreiberin und Untersuchungsrichterin.

eine schliesst das andere nicht aus, beide sind unabdingbar miteinander verknüpft.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil ich der Überzeugung bin, dass Eigentum und Eigenverantwortung tragende Pfeiler einer gut funktionierenden Gesellschaftsordnung sind.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Nelson Mandela und Václav Havel. Beide haben ein Leben lang unermüdlich für ihre Ideale gekämpft, und das nicht nur in Zeiten, als der Wind günstig war, sondern auch dann, als ihnen ein eisiger Wind ins Gesicht blies.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Von einer Sache mit Fachkompetenz und guten Argumenten; von sich selbst durch Intelligenz,

Ehrlichkeit, Humor und der Fähigkeit, zu gemachten Fehlern zu stehen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Beide verfügen über Stärken und Schwächen. In Politik und Wirtschaft sollen reale personenbedingte Unterschiede im Vordergrund stehen und nicht geschlechtsspezifische.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Mein häuslicher Ordnungssinn lässt oftmals zu wünschen übrig. Als persönliche Stärke darf man wohl werten, dass trotzdem kaum etwas unauffindbar bleibt.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Die «Liebe in den Zeiten der Cholera» von Gabriel Garcia Marquez.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich esse viel Obst und Gemüse, erfreue mich am Leben und lache möglichst viel und herzlich.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Klavierspielen und riesige Holzskulpturen schnitzen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Mario Botta; er verkörpert eine Persönlichkeit, die kreatives und unternehmerisches Denken optimal auf sich zu vereinigen scheint. ■

KURZBIOGRAPHIE

Ursula Brasey

Zur Person: Geboren und aufgewachsen im Kanton St. Gallen.

Nach Abschluss einer kaufmännischen Lehre drei Auslandjahre in den USA und in England, Absolvierung der Zweitweg-Matura und Studium der Rechtswissenschaften an der HSG. Verheiratet, seit 1988 wohnhaft im thurgauischen Hauptwil bei Bischofszell.

Alter: 39

Berufliche Stationen: früher: kaufmännische Angestellte im Textil- und Bankenbereich (am Auslandsitz einer schweizerischen Grossbank), heute: Gerichtsschreiberin, Untersuchungsrichterin.

Politischer Werdegang: Mitglied der Ortskommission Hauptwil und des Vorstandes der FDP Bischofszell und Umgebung.

Liebste Tätigkeit: Lesen oder Radfahren (je nach Wetter). ■

Berufliche Entwicklungsmuster

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung veröffentlicht unter dem Titel «Ich verplane mir das Leben nicht gern auf Jahre...»* einen Bericht über berufliche Entwicklungsmuster bei jungen Frauen und Männern. Die Publikation, welche eine Pilotstudie sowie Arbeitsmaterialien für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema enthält, richtet sich insbesondere an Personen, welche Jugendliche und junge Erwachsene auf ihrem Weg in die Berufswelt begleiten.

Chancengleichheit von Mann und Frau im Berufsleben ist ein zentrales Anliegen des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann. Ein Blick auf die heutige Realität zeigt, dass wir davon noch weit entfernt sind. Frauen und Männer verteilen sich sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Berufe und v. a. Positionen der beruflichen Hierarchie. Und auch bei der jüngeren Generation zeichnet sich kein wesent-

licher Trend in Richtung eines ausgeglicheneren Verhältnisses ab.

Der vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann herausgegebene Bericht befasst sich mit dem für die berufliche Entwicklung zentralen Abschnitt des *jungen Erwachsenenalters*. Er geht insbesondere der Frage nach, weshalb junge Frauen und Männer mit ursprünglich gleicher Ausgangslage bereits nach einigen Jahren Berufstätigkeit mit völlig unterschiedlichen Chancen für die berufliche Weiterentwicklung dastehen.

Die beiden Autorinnen, Dr. Lisbeth Hurni und lic. phil. Barbara Stalder, definieren darin auf Grund eingehender Studien der

Laufbahn- und Familienforschung vier wichtige Entscheidungssituationen, in denen die Weichen gestellt werden: die Berufswahl, die Wahl der ersten Stelle, die Weiterbildung in den ersten Berufsjahren und die Familiengründung. Wie sich junge Erwachsene in diesen Situationen konkret entscheiden, hängt von verschiedenen Faktoren ab, so etwa von ihren Rollenorientierungen, ihren Wunschvorstellungen bezüglich Familie, Beruf, Freizeit und anderer Aktivitäten, ihren Zeitperspektiven, ihrem persönlichen Entscheidungsstil sowie von Einflüssen des Umfeldes (Eltern, Partner).

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass der Graben zwischen Frauen und Männern v. a. bei der ersten Stelle und der beruflichen Weiterqualifikation auseinanderzuklaffen beginnt. Frauen neigen zu kurzfristigeren, weniger zielgerichteten Entscheidungen als Männer und orientieren sich stärker an den Bedürfnissen der Bezugspersonen. Zum Zeitpunkt der Familiengründung nähern sich die Geschlechter eher wieder an: die Männer wollen der Familie neben dem Beruf auch ihren Platz einräumen und die Meinungen und Bedürfnisse der Partnerin ebenso berücksichtigen wie die Frauen. Aber zu diesem Zeitpunkt sind die entscheidenden Unterschiede bezüglich beruflicher Qualifikation und Position bereits da.

Bei den Familienvorstellungen zeigt sich, dass die klassische Rollenteilung (Mann = Ernährer, Frau = Mutter) mehrheitlich abgelehnt wird zugunsten von Modellen mit ansatzweiser bis egalitärer Rollenteilung. Trotzdem steht weiterhin für Männer eher der Beruf, für die Frauen eher die Familie im Zentrum.

Der zweite Teil der Publikation enthält Arbeitsmaterialien, welche dazu dienen, Jugendliche und junge Erwachsene zum Nachdenken über diese Probleme anzuregen und sich über die Hintergründe und Auswirkungen ihrer Entscheide bewusst zu wer-

den. Die Unterlagen sollen den jungen Frauen und Männern Gelegenheit geben, sich im Klassenunterricht, in Weiterbildungskursen, Workshops usw. mit verschiedenen Entscheidungsmustern, Zukunftsvorstellungen und Lebensformen auseinanderzusetzen und deren Vor- und Nachteile kennenzulernen. ■

Motorfahrzeug-Haftpflichtprämien 1995

Eine soeben erschienene Broschüre «Alles über die Motorfahrzeug-Haftpflichtprämien 1995» informiert ausführlich über den Aufbau der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Prämienberechnung. Der Leser erfährt, warum die Prämien per 1995 für die Personewagen und für die Nutzfahrzeuge (Lastwagen, Traktoren usw.) trotz Teuerung unverändert bleiben und warum die Motorradprämien per 1995 auf das Niveau von 1991 gehoben werden.

Die Broschüre enthält auch instruktive Graphiken über die Prämien-, Preis- und Kostenentwicklung sowie eine farbige Karte jener Länder, in denen die Schweizer Haftpflichtversicherung gilt; sie ist um Angaben über die Grüne Karte und andere Vorschriften ergänzt, die in gewissen Ländern zu beachten sind. Ein Kapitel ist der Prämienfreigabe (Deregulierung) gewidmet, welche die von gegen vier Millionen Fahrzeughaltern getragene Haftpflichtversicherung in absehbarer Zeit auf neue Grundlagen stellen wird.

Die Broschüre kann gratis bei der HMV (Schweizerische Vereinigung der Haftpflicht- und Motorfahrzeugversicherer), Genferstr. 23, 8002 Zürich, bezogen werden. Sie wird auch von den Versicherungsgesellschaften gratis abgegeben. ■

* Der Bericht «Ich verplane mir das Leben nicht gern auf Jahre... Berufliche Entwicklungsmuster bei jungen Frauen und Männern» kann schriftlich bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale (EDMZ), 3000 Bern, zum Preis von Fr. 10.- bestellt werden (Bestellnummer: 301.948). Er liegt in deutscher und französischer Sprache vor.

Aktuelle Wirtschaftsdaten im Taschenformat

Die Gesellschaft zur Förderung der Schweizerischen Wirtschaft (Wirtschaftsförderung, WF) hat ihren traditionellen «Zahlenspiegel der Schweiz» neu aufgelegt. Das bis Ende August 1994 aktualisierte Nachschlagewerk ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für alle, die sich privat oder beruflich mit Fragen aus Wirtschaft und Politik beschäftigen. Auf rund hundert Seiten werden in übersichtlicher Tabellenform wissenswerte Informationen aus den Bereichen Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Aussenhandel, Bildung, öffentliche Finanzen und Steuern so-

wie zum Finanzplatz aufgeführt. Kurzerklärungen zu den wichtigsten volkswirtschaftlichen Begriffen und ein Register mit über 300 Stichworten erleichtern die Benutzung.

Wer nicht nur die neusten greifbaren Zahlen, sondern auch Jahrzehnte zurückreichende Zahlenreihen sucht, findet im «WF-Zahlenspiegel» ein nützliches Arbeitsinstrument.

Der «WF-Zahlenspiegel» kann zum Preis von Fr. 9.- bei der Wirtschaftsförderung, Postfach 502, 8034 Zürich (Fax: [01] 383 82 27), bestellt werden. ■



Bundespräsident Kaspar Villiger: in Hochform.



Nationalratspräsident Claude Frey aus Neuchâtel: «Heureux!»

Freisinnige Führungscrew

Im 101. Jahr ihres Bestehens wird die Erfolgsgeschichte der FDP der Schweiz eindrücklich bestätigt: Mit Bundespräsident Kaspar Villiger, Nationalratspräsident Claude Frey, den Vizepräsidenten von Bundesrat und Ständerat, Jean-Pascal Delamuraz und Otto Schoch, stellen die Freisinnigen für 1995 ein starkes Führungsteam.

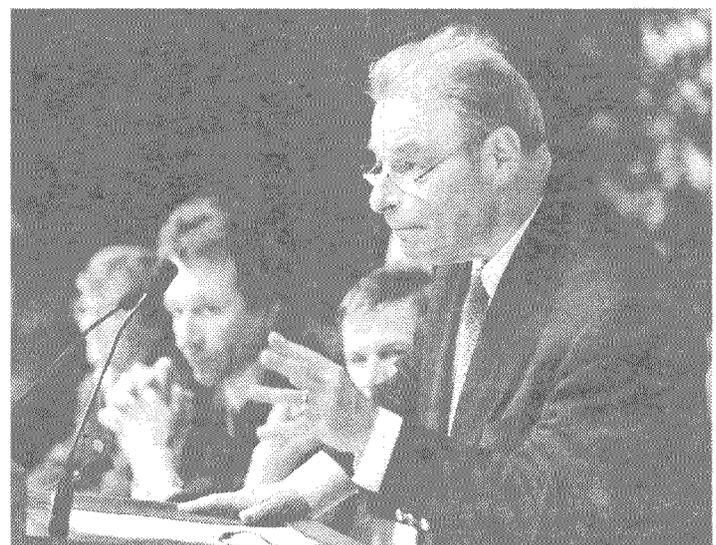
AMK. Nach den glanzvollen Wahlen von Claude Frey zum Nationalratspräsidenten und Otto Schoch zum Vizepräsidenten des Ständerates wurde Kaspar Villiger am 7. Dezember mit 186 von 200 gültigen Stimmen turnusgemäss zum Bundespräsidenten

und Jean-Pascal Delamuraz mit 170 von 202 gültigen Stimmen ebenso glanzvoll zum Vizepräsidenten des Bundesrates gewählt.

Damit wird 1995 ein freisinniges Team an der Spitze der Regierung stehen. ■



Der Appenzell-Ausserrhoder Otto Schoch, Vizepräsident des Ständerates: immer einen Schritt voraus.



Jean-Pascal Delamuraz, Vizepräsident des Bundesrates: mutig und kämpferisch.

Am Gatt führt kein Weg vorbei

Etwas mehr als die Hälfte unseres Bruttosozialprodukts verdienen wir im oder mit dem Ausland. Unsere Exporte haben auch 1993 und noch stärker 1994 zugelegt, vor allem im Verkehr mit dem aussereuropäischen Raum. Der Gatt-Vertrag, bei dem wir seit bald dreissig Jahren mitmachen, sichert uns den Zugang zum freien Welthandel und ist damit ein unbedingt erforderlicher Garant für den Wohlstand von Land und Volk. Wir können es uns schlicht nicht leisten, abseits zu stehen.

**Nationalrat
Jean-Pierre Bonny (BE)**

Natürlich gibt es auch kritische Fragen zum Gatt. Mit vier von ihnen möchte ich mich kurz auseinandersetzen.

Gäbe es für die Schweiz nicht eine andere Lösung als diese riesige multilaterale Organisation von über 120 Staaten?

Die Grösse und Repräsentativität – das Gatt umfasst neunzig Prozent des Welthandels – geben darauf die Antwort. Bei dieser Grössenordnung ist es vollkommen ausgeschlossen, Lösungen auf bilateralem Weg zu finden. Für unsere Wirtschaft wird zudem der aussereuropäische



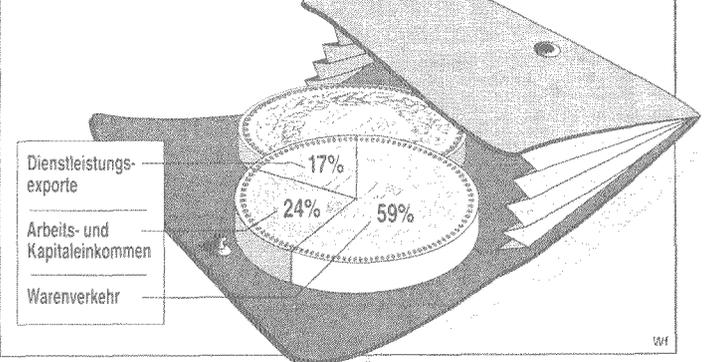
Nationalrat Bonny

Raum tendenziell immer wichtiger wegen der höheren Zuwachsraten.

Wie steht es mit den institutionellen Auflagen des Gatt?

Es gibt praktisch keine: das Gatt respektiert unsere politischen Institutionen, weil es eine handelspolitische Ausrichtung hat und nicht ausserökonomische

Zusammensetzung des Exportfrankens 1993



Jeder zweite Franken stammt aus dem Export.

Ambitionen verfolgt. Unsere Souveränität wird nicht tangiert; dass wir aber – wie bei jedem Vertragswerk – gewisse Konzessionen auf der Ebene unserer Handlungsfreiheit hinnehmen müssen, liegt auf der Hand. Diese gehen aber viel weniger weit als bei EWR und EU.

Was bedeutet das Gatt für die Landwirtschaft?

Ohne Zweifel verlangt das Gatt von unseren Bauern Opfer. Tatsache ist aber, dass auch ohne das Gatt die schon in Gang befindliche Umstrukturierung im Agrarsektor weiterhin stattfinden würde. Wichtig ist, dass für die Bauern durch Direktzahlungen ein Solidaritätsausgleich geschaffen wird. Die gegenüber unseren Bauern abgegebenen Versprechen sind einzuhalten.

Was bewirkt das Gatt beim öffentlichen Beschaffungswesen?

In einem Zusatzvertrag unter 18 Signatarstaaten, worunter die EU-Staaten, wird das Prinzip des freien Wettbewerbs bei Staatsaufträgen statuiert. Das ist ein schöner Erfolg für unsere Handelsdiplomatie, der für unsere Exportwirtschaft von sehr grosser Bedeutung ist. Damit wird auch in diesem Bereich die durch das Nein zum EWR entstandene Diskriminierung beseitigt.

Grosse Vorlagen weisen meist sowohl Vorteile als auch Nachteile auf und sind daher schwierig zu beurteilen. Beim Gatt liegen die Verhältnisse anders. Die Vorteile überwiegen bei weitem. Das Gatt ist für die Zukunft unserer Wirtschaft und damit für Land und Volk lebensnotwendig! ■

EDV ohne Risiko.

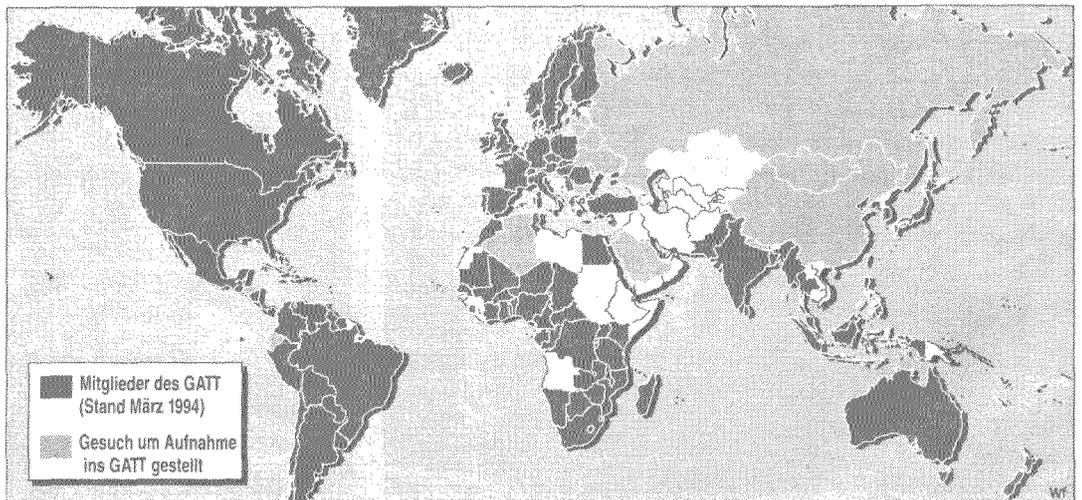
Wir entwickeln die Software zur Lösung Ihrer Probleme.

Unter Windows zum Beispiel mit Access von Microsoft im Prototyping-Verfahren: Nur wenn Ihnen unser erster Entwurf Ihrer Anwendung gefällt, geben Sie uns den definitiven Auftrag.

Arboscomp Informatik

EDV-Dienstleistungen zu fairen Bedingungen.

Beratung - Entwicklung - Schulung
Naglerwiesenstrasse 34, 8049 Zürich
Tel. 01-341 10 22 Fax 01-341 10 60



Die Vertragsparteien des Gatt.



2000 Ballone flogen fort, 248 Karten kamen zurück.

Die Gewinner

2000 Ballone mit angehängten Karten gingen am 17. September zur Hundert-Jahr-Feier der FDP der Schweiz in Olten in die Luft. 248 Karten kamen nicht nur auf den Boden zurück, sondern wurden dem Generalsekretariat zurückgeschickt. Zehn glückliche Gewinner wurden gezogen. Die Aktion «Denk an mich» wird demnächst eine Überweisung erhalten.

AMK. Pro zurückgesandte Karte schickt die FDP der Schweiz wie versprochen Fr. 5.– an die Aktion «Denk an mich», Ferien für behinderte Kinder. Unser Fest soll ausstrahlen und Menschen in unserem Land glücklich machen. Besten Dank an Albert Rast-Ganz, Steinmaur (ZH), der uns mit seiner Karte einen zusätzlichen Beitrag gesandt hat, und all jenen, die unsere Idee prima fanden.

Aus dem Kartenhaufen haben wir zehn Gewinner gezogen. Diese erhalten für die Sondersession Ende Januar 1995 eine Einladung nach Bern. In Bern werden wir die Gäste bewirten und mit ihnen das Bundeshaus besuchen.

Folgende zehn Damen und Herren erhalten in den nächsten

Tagen Post vom Generalsekretariat:

Claude Bourquin, Bremgarten (AG);
Regina Bucher, Buchs (ZH);
Margrit Gassmann, Boppelsen (ZH);
René Gschwend, Kindhausen (AG);
Guido Hug, Dällikon (ZH);
Hansruedi Kaspar, Oberkulm (AG);
Christian Lüthy, Holziken (AG);
Rosmarie Scheu, Niederwil (AG);
Jörg Schwaninger, Guntmadingen (SH);
Maya Wittmann-Gabriel, Hüntwangen (ZH)
Wir gratulieren! ■

KOLUMNE

Linkspopulismus – eine verbreitete, aber verdrängte Krankheit



Als «Populismus» bezeichnet man eine opportunistische, nur auf den Masseneffekt schielende politische Haltung, die nicht von staatspolitischer Verantwortung getragen wird. In letzter Zeit sah sich vor allem die Zürcher SVP dem Vorwurf des «Rechtspopulismus» ausgesetzt. Wenig beachtet wurde, dass es auch einen «Linkspopulismus» gibt. Er trat beispielsweise im schweren Dilemma zutage, in dem sich die schweizerische Sozialdemokratie gegenüber der 10. AHV-Revision sieht. Im Grunde möchte man den Fünfer und das Weggli, das Splitting und die Erziehungsgutschriften, aber ohne die vorgesehene allmähliche Erhöhung des AHV-Rentenalters der Frauen. Die Parteispitze sagte zuerst Ja zum Referendum gegen das Gesetz; sie wurde dann zurückgepfiffen. Nun hat der Vorstand als Ausweg aus der Ratlosigkeit die Durchführung einer *Urabstimmung* angeordnet, die aber insofern verfälscht wird, als das gleiche Gremium die Unterstützung der Gewerkschaftsinitiative auf Beibehaltung des bisherigen AHV-Rentenalters für Frauen beschloss...

Der *Parteisouverän* der 44 000 Mitglieder wird *verbeizt*, um eine vorwiegend taktische Frage zu entscheiden. Dies ist um so bemerkenswerter, als der Basisentscheid seit 74 Jahren nie mehr gefragt war. 1920 ging es bei der Urabstimmung um nicht weniger als um den Beitritt zur dritten kommunistischen Internationale, dem ein Parteitag der SPS mit 318 gegen 147 Stimmen bereits zugestimmt hatte. Das deutliche Nein der Mitglieder verhinderte dann, dass sich die Sozialdemokraten unter das Kommando der Moskauer Komintern begaben. Nicht nur im

Falle der 10. AHV-Revision zeichnet sich die SPS-Spitze durch Unsicherheit, Führungsschwäche und populistische Anwendungen aus. Gleichzeitig hat der Vorstand beschlossen, eine *Europa-Abstimmung* noch vor den eidgenössischen Wahlen im Oktober 1995 zu verlangen – offensichtlich im vollen Bewusstsein, dass dies dem negativen Volksentscheid vom 6. Dezember 1992 mit Auftrag zu bilateralen Verhandlungen widersprechen würde und vor allem aus zeitlichen Gründen völlig unmöglich ist.

Seit dem Zusammenbruch der totalitären kommunistischen Regime 1989 steckt die «Sozialdemokratie in einem *ideologischen Vakuum*» (Helmut Hubacher, «Tatort Bundeshaus»). Im gegenwärtig von den Parteinstanzen intern aufgebügelten «Wirtschaftskonzept», das im Grunde ein neues Parteiprogramm darstellt, wird dieses Vakuum dadurch unterstrichen, dass die «Überwindung des Kapitalismus» für eine halbe Generation aufs Eis gelegt wird – ein populistisches Herumdrehen um einen klaren Entscheid in einer kapitalen grundsätzlichen Frage.

Das Grundübel des Linkspopulismus aber besteht darin, dass *dem Staat immer wieder mehr Aufgaben und Ausgaben* aufgebürdet werden sollen, *ohne dass die Finanzierung gesichert ist*.

Die Hauptschuld für die riesigen Defizite der öffentlichen Hand liegt in dieser verantwortungslosen Grundeinstellung, im unausrottbaren Glauben an die Alles-Machbarkeit durch den Staat. Manchen bürgerlichen Politikern ist vorzuwerfen, dass sie in der Hochkonjunktur der «Schuldenpolitik» der SP zu wenig Widerstand entgegengesetzt haben. Um so dringender ist heute eine *konsequente Sparpolitik*.

Alt Nationalrat

Dr. Kurt Müller, Meilen ZH

Viel Landwirtschaft und etwas Bundesfinanzen

Am 12. März 1995 werden Herr und Frau Schweizer vier eidgenössische Abstimmungsvorlagen unterbreitet: Neben dem Bundesbeschluss über eine Ausgabenbremse wird über eine Weichenstellung in der schweizerischen Landwirtschaftspolitik zu entscheiden sein.

Markus R. Seiler*

Mit seinem siebten Landwirtschaftsbericht hat der Bundesrat die Agrarreform eingeleitet. Die drei zur Abstimmung gelangenden Geschäfte sind Bausteine der Reform der schweizerischen Agrarpolitik.

Neuer Landwirtschaftsartikel

Ein neuer Verfassungsartikel für die Landwirtschaft (Art. 31^{octies} BV) soll in einer klaren Ordnung die agrarpolitischen Ziele und Mittel für die Zukunft festlegen. Die heute geltende Verfassungsgrundlage stammt aus dem Jahre 1947 und geht davon aus, dass die Landwirtschaft nicht dem reinen Wettbewerb ausgesetzt werden kann. Der neue Artikel 31^{octies} BV setzt Orientierungsmassstäbe für eine multifunktionale Landwirtschaft und legt einen Schwerpunkt auf die Gestaltung des Lebensraumes und damit auf die Verantwortung der Landwirtschaft gegenüber der Allgemeinheit. So verlangt er etwa ein flexibles Zusammengehen von Ökonomie und Ökologie, das heisst umweltgerechtes und marktkonformes Verhalten der Betriebe. Der Verfassungsartikel wurde als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «für eine umweltgerechte und leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft» des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) konzipiert. In der Schlussabstimmung vom 7. Oktober 1994 wurde er vom Nationalrat mit 118 zu 56 Stimmen und vom Ständerat mit 38 zu 0

Stimmen Volk und Ständen zur Annahme empfohlen. Da der neue Verfassungsartikel den zentralen Anliegen der Initianten weitgehend entgegenkommt, wurde die Initiative zurückgezogen.

Milchwirtschaftsbeschluss

Mit der Änderung des Milchwirtschaftsbeschlusses von 1988 soll die Milchrechnung des Bundes entlastet, die Qualitätssicherung neu geordnet sowie in einem beschränkten Rahmen die Handelbarkeit von Milchkontingenten ermöglicht werden. Ebenso werden Empfehlungen der Kartellkommission umgesetzt. Gegen die Möglichkeit, Milchkontingente zu handeln, wurde von kleinbäuerlicher Seite das Referendum ergriffen.

Änderung des Landwirtschaftsgesetzes

Mit der Änderung von Art. 25 des Landwirtschaftsgesetzes wird die Einführung einer Solidaritätsabgabe beschlossen, wie sie die ausländische Landwirtschaft teilweise seit Jahren kennt. Damit soll die vermehrt dem Markt ausgesetzte Landwirtschaft insbesondere im Marketingbereich

auch eigene Verantwortung übernehmen können.

Ausgabenbremse: ein freisinniger Erfolg

Neben diesen landwirtschaftspolitischen Vorlagen stimmen wir am 12. März auch über die Ausgabenbremse ab, einen Verfassungsartikel, den wir als freisinnigen Erfolg verbuchen können. Worum geht es? Die Bundesfinanzen befinden sich bekanntlich in einem desolaten Zustand, und eine baldige Entspannung der Situation ist wegen des hohen strukturellen Teils am Gesamtdefizit nicht abzusehen. Ein frei-

sinniger Vorstoss forderte daher 1993 die (Wieder-)Einführung der Ausgabenbremse für das Parlament. Mit der Zustimmung zur Ausgabenbremse haben National- und Ständerat in der vergangenen Herbstsession ein erstes, dringend fälliges Zeichen zur Sanierung der Bundesfinanzen gesetzt.

Neben direkt zu erzielenden Einsparungen durch die höheren Hürden für Mehrausgaben kommt der Ausgabenbremse vor allem eine wichtige Funktion zur Verbesserung des Vertrauens der Bevölkerung in die Politik zu. Um die in arge Schieflage geratenen Bundesfinanzen aber wieder ins Lot zu bringen, sind weitere konkrete Massnahmen und institutionelle Änderungen, wie sie die FDP an ihrer Delegiertenversammlung im August dieses Jahres beschlossen hat, unumgänglich. ■

VERANSTALTUNG

Zwei Schwerpunkte

A. o. Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz, Samstag, 21. Januar 1995, im Kursaal Casino, Luzern, 09.30 Uhr bis 15.00 Uhr

Die erste Delegiertenversammlung im Wahljahr wird neben der Parolenfassung zum Bundesbeschluss über eine Ausgabenbremse zwei Schwerpunkte umfassen.

Am Vormittag geht es um das Thema Frauen und Männer in einer veränderten Gesellschaft.

Es wird eine von der FDP in Auftrag gegebene Pilotstudie «Frau und Mann in Wirtschaft und Gesellschaft der Schweiz. Von der Geschlechterdifferenzierung zur Gleichstellung» vorgestellt werden.

Diese Studie kann auf dem FDP-Generalsekretariat, Tel. (031) 311 34 38, Fax 312 19 51 zum Preis von Fr. 20.- bestellt werden.

An der Delegiertenversammlung geht es dann im Rahmen der rollenden Programmplanung um die Beratung und Verabschiedung eines Positionspapiers der FDP der Schweiz zur Landwirtschaftspolitik vorgesehen.

Die Postulate sind der Auftakt für die Wahlen 1995, aber auch als längerfristige Ziele zu verstehen.

Am Nachmittag wird das Thema Landwirtschaft dominieren.

Dabei wird nicht nur über die Parolen für den bundesrätlichen Gegenentwurf zur Volksinitiative «für eine umweltgerechte und leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft» und zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes entschieden werden. Im Rahmen der rollenden Programmplanung ist auch die Beratung und Verabschiedung eines weiteren Positionspapiers der FDP der Schweiz zur Landwirtschaftspolitik vorgesehen.

Alle Parteimitglieder sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. ■

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau, 01-4 62 62 62

* Lic. rer. publ. HSG, Politischer Sekretär auf dem Generalsekretariat der FDP der Schweiz



Wie Sie jetzt Ihren Partner finden können!

Schauen Sie sich diese Abbildungen genau an, sie stellen bestimmte Typen dar.
 Kreuzen Sie an, welcher Männer- oder Frauen-Typ Ihnen gefällt.
 Schicken Sie bitte die ganze Seite ausgefüllt ein.

Name: _____ Tel.priv.: _____ gesch.: _____

Vorname: _____ Beruf: _____

Strasse/Nr.: _____ Zivilstand: _____

PLZ/Ort: _____ Nationalität: _____ Geb. Datum: _____



Haben Sie alles ausgefüllt? Angekreuzt, welcher Männer- oder Frauen-Typ Ihnen gefällt?
 Dann schicken Sie bitte die ganze Seite umgehend an uns. Lassen Sie sich überraschen! Es lohnt sich!



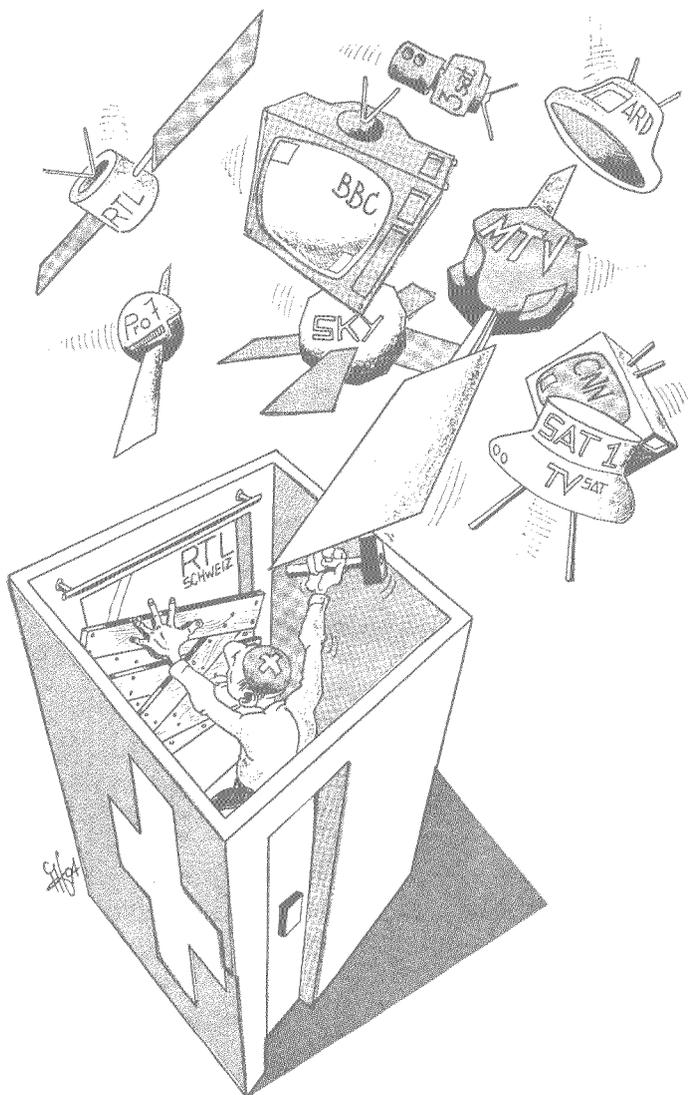
Altmann AG, c/o Kretz AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen

1994

im Spiegel von Karikaturen

Karikaturen: Andreas Töns

1994 wurde endlich die 10. AHV-Revision abgeschlossen. Sie enthält zahlreiche unbestreitbare Verbesserungen, insbesondere für die Frauen. Wegen der vorgesehenen Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 64 aber wurde dagegen von gewerkschaftlicher Seite das Referendum ergriffen. Die SP ist in dieser Frage tief gespalten.



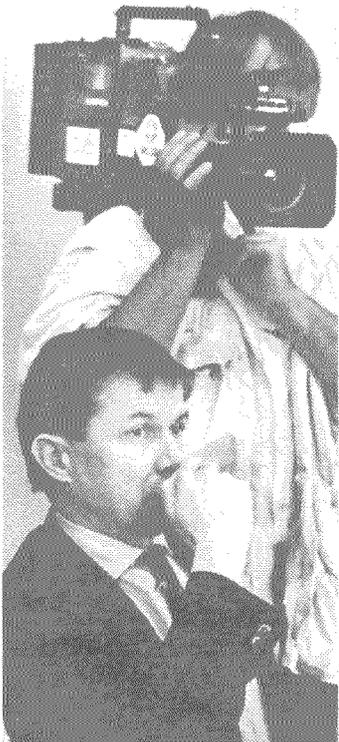
Das Nein des Bundesrates verhinderte ein redaktionelles Fenster für die Schweiz auf dem Privatsender RTL. Das Werbefenster dagegen bleibt bestehen. Dem Schweizer Fernsehen blieb dadurch ein Konkurrent im Wettbewerb um die Zuschauergunst erspart. «Erspart» bleiben unserem Land auch einige Millionen, die RTL in der Schweiz reinvestiert hätte.



1994 war auch das Jahr, in dem man das tiefe Loch in der Bundeskasse realisierte. Die bürgerlichen Parteien, allen voran die FDP, forderten vom Bundesrat mit allem Nachdruck, dass er und das Parlament den Sparbeweis erbringen müssen und die Steuerzahler nicht weiter belasten dürfen.



An einem grossen Fest in Olten feierten über 2000 Freisinnige den hundertjährigen Geburtstag der FDP Schweiz.



Parteipräsident Franz Steinegger: die Medien im Nacken.

**Aus dem
Parteileben
1994**

Photos:
Walter Rutishauser,
Patrick Lüthy «Imagopress»



Der Zürcher Ständerat Riccardo Jagmetti präsidierte 1994 die kleine Kammer.



Einigkeit bis in die Gesten: der Parteipräsident Franz Steinegger und sein Generalsekretär, Christian Kauter.

Festschrift

Die «Politische Rundschau» Nr. 2/3 erschien als Festschrift. Sie enthält hochkarätige Artikel von rund zwanzig Autorinnen und Autoren, welche sich nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit der Zukunft des Freisinns beschäftigen. Umfang: über 200 Seiten. Wenn Sie die «Politische Rundschau» der FDP nicht schon abonniert haben, bestellen Sie die Festschrift. Da wir möchten, dass diese Publikation von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern gelesen wird, haben wir den Preis für dieses Buch mit Fr. 15.– sehr tief angesetzt.

Zusätzlich offerieren wir Ihnen in Kombination damit:

■ Wenn Sie die politische Vierteljahresschrift der FDP, die «Politische Rundschau», jetzt abonnieren, erhalten sie für nur Fr. 20.– (= jährliche Abonnementkosten) mit der Festschrift zugleich den ganzen Jahrgang 1994. (Als «Politische Rundschau» Nr. 1 ist der Bericht Wege aus der Arbeitslosigkeit erschienen, als Nr. 4 ist die Veröffentlichung des Seniorenberichts geplant.)

■ Ist Ihnen das Buch «60 Jahre eidgenössische Politik. Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns» von Eugen Dietschi ein Begriff? Es ist 1979 erschienen und behandelt die Zeit von 1919 bis 1979 (gebunden, 462 Seiten). In Kombination mit der Festschrift erhalten Sie es jetzt für zusammen nur Fr. 20.–.

■ Wollen Sie gleich alles: ein Abonnement der «Politischen Rundschau», die Festschrift und das Buch von Eugen Dietschi? Für total Fr. 30.– erhalten sie alles portofrei in Ihren Briefkasten.

Talon

Ja, ich bestelle (portofrei):

Ex. der «Politischen Rundschau» Nr. 2+3/1994 «Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz» zum Preis von je Fr. 15.–.

Ich bestelle nicht nur die Festschrift, sondern werde auch Abonnent der «Politischen Rundschau» und erhalte den ganzen Jahrgang 1994 für Fr. 20.–.

Ich bestelle zusammen mit der Festschrift auch das Buch von Eugen Dietschi: «60 Jahre eidgenössische Politik» zum Preis von zusammen Fr. 20.–.

Ich bin an allem interessiert, an einem Abonnement der «Politischen Rundschau», an der Festschrift und zugleich am Buch «60 Jahre eidgenössische Politik» von Eugen Dietschi, und bezahle dafür Fr. 30.–.

Name: _____

12/94

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

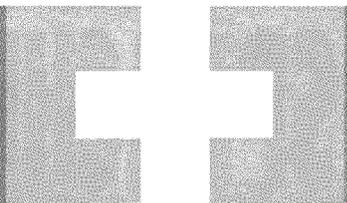
Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

Verheizte Bürger

Ausgerechnet jetzt, wo wir in der Schweiz wegen der Luftreinhaltung massiv in neue Heizanlagen investieren, mutet uns der Bundesrat eine Steuererhöhung auf Heizöl und Erdgas zu. Zusammen mit der neuen Mehrwertsteuer wird das Heizöl rund **20%** teurer! Damit werden nicht nur die Besitzer von Wohneigentum, sondern auch Hunderttausende von Mietern – welche die Kosten ja letztlich tragen müssen – doppelt verheizt!

Lieber Bundesrat: So bitte nicht!

VEREIN FÜR BÜRGERFREUNDLICHE STEUERPOLITIK, Postfach 491, 8027 Zürich



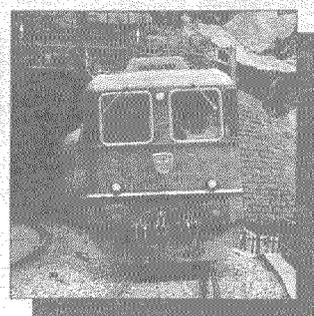
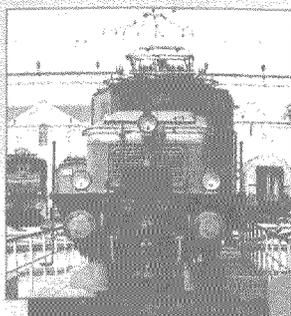
Im Jahre 1844 wurde die erste nationale Eisenbahnstrecke der Schweiz eröffnet. Seitdem hat die Eisenbahn dem Tourismus

Hier finden Sie alles wieder, was das Sammler- und Heimatfreunde-Herz erwärmt: ob Bernina-Bahn oder

Schweizer Eisenbahn

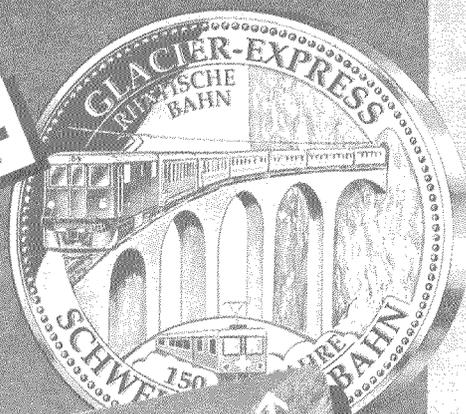
in der Schweiz den Weg bereitet und bestimmt mit seinen Tunneln, Brücken und Lawinverbauungen unverwechselbar das Landschaftsbild der Schweiz.

Glacier-Express, die berühmte alte Güterzug-Lokomotive »Krokodil« oder die Rhätische Bahn – jedes Sammlerstück wird Sie begeistern!



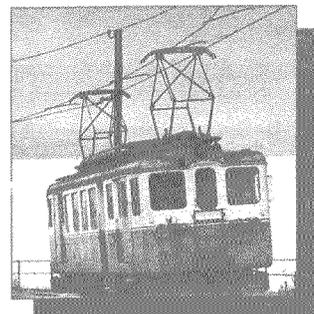
Sonderpreis nur Fr **10.-**

Ø 40 mm



Diese beiden Jubiläumssammlungen spiegeln die schönsten und wichtigsten Eisenbahnen der Schweiz auf wunderschönen Silberprägungen und Schweizer Telefonkarten auf einmalige Weise wieder.

Dabei gehen Sie bei SRH kein Risiko ein, denn Sie können in aller Ruhe zu Hause prüfen und bezahlen, was Sie behalten. Alles andere nehmen wir zurück!



Garantiert unbenutzte Telefonkarte

Noch zum Postpreis nur Fr **5.-**



Gleich ausschneiden (bitte Absender nicht vergessen) und einsenden an:

SRH · Hardhofstrasse 15 · CH-8424 Embrach ZH
Fax 01/865 70 85

Ja, bitte liefern Sie mir aus den Serien "150 Jahre Schweizer Eisenbahn" die folgenden Startausgabe(n) zum Startpreis. Nur bei Gefallen erhalte ich monatlich eine weitere Ausgabe der jeweiligen Serie unverbindlich zur Ansicht vorgestellt.

- die Telefonkarten-Startausgabe zum Postpreis von nur Fr 5.- (spätere Ausgaben Fr 39.-)
- die Silberunzen-Startausgabe zum Startpreis von nur Fr 10.- (spätere Gedenkprägungen Fr 79.20)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Diesen Auftrag kann ich von einem Tag auf den anderen (auch telefonisch) jederzeit widerrufen.

Unterschrift 131/132

ZS4

Sir Rowland Hill AG

ERFOLGREICH SPRACHEN SPRECHEN

Spotlight in Englisch, **écoute** in Französisch, **adesso** in Italienisch und **ECOS** in Spanisch. Mit unseren Sprachmagazinen können Sie Fremdsprachen besser sprechen, verstehen und schreiben lernen. Wir sagen Ihnen kurz auf Deutsch, worum es geht. Sie lesen dann fremdsprachig weiter. Packende Berichte – von Journalisten-Profis recherchiert, von Sprachexperten überarbeitet – garantieren erfolgreiches Sprachtraining.

Eine einzigartige Heftkonzeption verbindet aktuelle, unterhaltensame Themen mit Lese- und Lernhilfen.



• Deutsche Einführungstexte geben einen schnellen Überblick.

• Alle Artikel stammen von Journalisten aus den jeweiligen Ländern.

• Schwierige, seltene Begriffe und Redewendungen in den Artikeln werden erläutert.



Englisch

Französisch

Italienisch

Spanisch

Mit diesen Zeitschriften macht Ihr Sprachtraining Spass:

- Vier Magazine für die Weltsprachen, die man beherrschen sollte.
- Alle Artikel sind informativ **und** unterhaltsam. Spürbare Sprachfortschritte schon nach kurzer Zeit.
- Keine schulischen Übungstexte, sondern Berichte, Reportagen und Interviews aus vielen Lebensbereichen von Journalisten aus den jeweiligen Ländern geschrieben. So können Sie überall mitreden!
- Einzigartige Sprachhilfen unterstützen mit deutschem Einstiegstext zu jedem Artikel, mit Worterklärungen, mit neuen Begriffen und sprachlichen Trends, mit spielerischen Übungen auf Extraseiten, etc.
- Sprachschwierigkeitsgrade ermöglichen es, den Lernfortschritt selbst zu bestimmen.

Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch fließend – ganz einfach!



Ihre Vorteile auf einen Blick:

- Ihr kostenloses Probeheft.
- Ihre spannende Spieldiskette, die Sie auf jeden Fall behalten können.
- Wichtige Lese- und Lernhilfen, die Ihnen nur diese Magazine bieten.
- Sie werden fit in Ihrer Fremdsprache und das mit Spass und Unterhaltung.

SPRACHSPIEL-DISKETTE

Unser Dankeschön für Ihre Testbereitschaft

ein spannendes Computerspiel in der jeweiligen Sprache mit 200 Fragen aus den Themenbereichen Kultur, Geschichte und Politik.

Kostenloses Probeheft und Geschenk jetzt sofort anfordern!

Ja, ich interessiere mich für:

- Spotlight** **écoute**
 adesso **ECOS**

Ich möchte mir in aller Ruhe von der einmaligen Heftkonzeption von Spotlight, écoute, adesso und/oder ECOS ein Urteil bilden. Ich erhalte das Probeheft kostenlos und unverbindlich. Gleichzeitig sichere ich mir die Option, inskünftig meinen Wunschtitel Monat für Monat zum Vorzugspreis jeweils für 12 Ausgaben bequem nach Hause geliefert zu bekommen (Spotlight, écoute und ECOS für Fr. 89 –/adesso für Fr. 59.–).

Coupon ausfüllen und ab die Post!

Name/Vorname _____
 Strasse/Hausnummer _____
 PLZ/Ort _____
 Geb. Datum _____ Beruf _____
 Tel. Privat _____ Tel. Geschäft _____
 Datum und Unterschrift _____ 22.63

Spotlight Verlag, c/o Kretz AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen

Gleichstellungsgesetz: Positives Zeichen setzen

Die FDP-Frauen Schweiz appellieren an die FDP-Fraktion des Nationalrates, dem Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann zum Erfolg zu verhelfen. Damit könnten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein positives Zeichen für die Wählerinnen setzen, welches sich bei den Wahlen auch für die FDP zweifellos günstig auswirken würde. Nachfolgend die von Präsidentin Franziska Frey-Wettstein unterzeichnete Stellungnahme im Wortlaut.

◊ Franziska Frey-Wettstein

Die FDP-Frauen Schweiz haben von Anfang an die Vorlage des Bundesrates bezüglich Gleichstellungsgesetz begrüsst. Wir erachten es als wichtig, dass nun endlich eine Grundlage geschaffen wird, welche die Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann ermöglicht. Die rechtlichen Bestimmungen sind deshalb nötig, weil heute die Frauen im Erwerbsleben immer noch benachteiligt sind. Dabei ist es

aber von besonderer Bedeutung, dass die Umsetzung des verfassungsrechtlichen Gleichstellungsauftrages durch das Gesetz wirkungsvoll erfolgen kann und nicht in der luftigen Sphäre der Symbolik hängenbleibt, wie FDP-Ständerat René Rhinow einmal geschrieben hat.

Wir erachten es insbesondere als absolut notwendig, dass das Anwendungsfeld des Diskriminierungsverbotes auch auf die Wahl der Anstellung ausgedehnt wird (im Sinne der Erläuterungen von Nationalrätin Vreni



Appell der FDP-Frauen an die FDP-Nationalräte: Verhelte dem Bundesgesetz zur Gleichstellung zum Erfolg! (Photo Stahl)

Frauen gesucht

Zur Vorbereitung von Workshops im Rahmen des fünften Schweizer Frauenkongresses vom 19. bis zum 21. Januar 1996 im Berner Kursaal suchen die FDP Frauen Schweiz Frauen, die an einer Mitarbeit interessiert sind.

Mögliche Themen der Workshops:

Die Frau im Erwerbsleben:

Stellung der Frau in der Wirtschaft, Frau und Technik, Frauenerwerbslosigkeit.

Die Frau und die unbezahlte Haus- und Familienarbeit:

Rollenverteilung, Familienformen ausserhalb des traditionellen Familienbildes, familienexterne Kinderbetreuung, Tagesschulen.

Die Frau in Bildung und Wissenschaft:

Aus- und Weiterbildung, wissenschaftlicher Lehr- und Forschungsbetrieb, feministische Wissenschaften, feministische Theologie, Frau und Naturwissenschaften, Gentechnologie.

Interessiert? Dann melden Sie sich bitte bis spätestens Ende Februar 1995 bei

Klara Brogli, Wettingerstrasse 3, 5400 Baden,
Telefon/Fax: (056) 21 62 54

Spoerry). Ansonsten kann das Gesetz dadurch umgangen werden, dass einfach keine Frauen angestellt werden. Die neuen Bestimmungen würden sich somit als Bumerang für die Frauen erweisen.

Das Gesetz enthält wichtige Elemente, welche für die wirkungsvolle Umsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann im Erwerbsleben unabdingbar sind. Dies liegt gemäss einem Gutachten des Instituts für empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Zürich übrigens auch im Interesse der Unternehmungen und der Gesamtwirtschaft. Gemäss dem Gutachten dürften Betriebe, welche davon lebten, dass sie Frauen schlechter behandelten als Männer, im Rahmen der europäischen Konkurrenz auf Dauer nicht mehr erhaltungsfähig sein.

Wir appellieren an die FDP-Fraktion, dem Gleichstellungsgesetz zum Erfolg zu verhelfen. Damit setzen Sie, verehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, ein positives Zeichen für

die Wählerinnen, welches sich bei den Wahlen 1995 auch für unsere Partei zweifellos günstig auswirken wird.

Mit dem Gesetz wird ein menschenrechtliches und damit zutiefst liberales Anliegen erfüllt, das nichts mit Gleichmacherei, sondern viel mit der Anerkennung der Würde und dem Recht der Frauen – der Mehrheit unseres Volkes – zu tun hat, führte Ständerat Rhinow aus. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass Sie den Frauen diese Würde auch wirklich zugestehen.

Wir FDP-Frauen setzen uns im übrigen nicht nur für gleiche Rechte, sondern auch für gleiche Pflichten ein. So sind wir bereit, der zwar unpopulären, aber richtigen Forderung nach Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen zum Durchbruch zu verhelfen. ■

Für eine Tessiner Universität

Der Delegiertenrat der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) versammelte sich am 12. November 1994 im Restaurant Beaulieu, Bern.

◊ Davide Robbiani

Zuerst wurde das Projekt einer Universität der italienischen Schweiz behandelt. Gast war Mauro Martinoni, Beauftragter des Kantons Tessin für die universitäre Frage. Nach seinem Referat nutzten die Delegierten die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Mehr wissen wollte man unter anderem über die Finanzierung der Universität und deren Anerkennung durch den

Bund. Martinoni antwortete, der Kanton Tessin sei bereit, schon nächstes Jahr die Universität auf die Beine zu stellen, auch ohne Hilfe des Bundes. Aber falls nach zwei Jahren die Anerkennung nicht komme, wäre es unmöglich, das finanzielle Überleben des Institutes zu gewährleisten.

Nach der Diskussion stellten die Jungliberalen des Kantons Tessin den schweizerischen Delegierten eine Resolution vor, die das Prinzip einer Universität der italienischen Schweiz und deren Anerkennung durch den Bund unterstützt. Die Resolution wurde mit 21 Ja gegen 1 Nein bei 3 Enthaltungen angenommen.

Der Delegiertenrat wurde zum erstenmal von der neuen JBS-Präsidentin, Ylva Eriksson, geleitet. ■

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar (ausser Nr. 2-3/94):

- Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkraftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»
- Ex. Nr. 4/93: «Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz»
- Ex. Nr. 1/94: «Wege aus der Arbeitslosigkeit»
- Ex. Nr. 2-3/94: «Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz» (à Fr. 15.-)

Name: _____ Vorname: _____ 12/94

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

LESERBRIEF

Was bringt die Sonnenenergie?

Das Solarzellenprinzip, die direkte Umwandlung von Sonnenlicht in elektrischen Strom, ist bereits seit Anfang dieses Jahrhunderts bekannt. Erste Solarzellen wurden bereits 1954 in den USA gebaut. Es ist sehr wohl zu verstehen, wenn viele Menschen – vor allem junge – grosse Hoffnungen in die Sonne setzen. Schön wäre es, wenn die Sonne alle unsere Energieprobleme ein für allemal lösen würde. Da ist es auch verständlich, dass man bereit ist, sich das etwas kosten zu lassen.

Niemand kann es aber ändern, dass die Sonne jeden Abend untergeht und auch im Winter die Sonnenscheindauer gering ist. Dies bedeutet, dass Sonnenstrom allein nie genügen wird. Auch Wasserkraft ist ja Sonnenenergie, indem der Zyklus von Wolken, Regen und Schnee durch die Sonne angetrieben wird. Auch dort haben wir das Problem, dass 75 Prozent des Wassers im Sommer anfällt und wir dank Speicherkraftwerken versuchen, Wasser vom Sommer in den Winter zu verlagern.

Was die Sonnenenergie angeht, so steht übrigens die Schweiz auch im internationalen Vergleich gut da: Seit 1992 erscheint die Sonnenenergie neu als Primärenergieträger zur Erzeugung von Elektrizität in Photovoltaikanlagen in der schweizerischen Energiestatistik. 1994 waren in der Schweiz über 600 Solaranlagen mit einer maximalen Leistung von 4 MW, das sind 4000 kW, installiert. Diese produzieren zusammen 0,005 Prozent des Stroms.

In Israel, einem sonnenverwöhnten, zukunftsgerichteten Land mit ebenfalls wenig eigenen Ressourcen, sind es nur gut 200 kW, also zwanzigmal weniger installierte Sonnenenergie als bei uns. Zwar sieht man dort auf zahlreichen Dächern Solaranlagen. Doch dies sind meist

Solarkollektoren, die warmes Wasser produzieren und nicht Strom.

Die Solarwärme ist auch bei uns finanziell konkurrenzfähig. Weil die Sonne bekanntlich gratis auf die Erde scheint, vergisst man leicht, dass ihre Energie mit aufwendigen, teuren Anlagen eingesammelt werden muss. Der Preis setzt denn auch hier im Moment Grenzen, vor allem bei der direkten Umwandlung von Sonnenenergie mittels Solarzellen in Strom. Pro m² und Jahr werden gut 100 kWh produziert. Eine Kilowattstunde Solarstrom kostet zwischen 1 Fr. und Fr. 1.50 gegenüber 6–10 Rp./kWh für Kernkraft- und 15–20 Rp./kWh für neue Wasserkraftwerke.

Deshalb muss die Photovoltaik qualitativ weiterentwickelt werden: Die Solarzellen brauchen höhere Wirkungsgrade, die Baukonstruktionen müssen vereinfacht werden durch Integration in Fassaden- oder Dachkonstruktionen. Zweifachnutzungen wie zum Beispiel Parkplatzüberdachungen mit Solarpanels usw. sind nötig, um die Kosten zu senken.

Das heisst, auch noch so hohe Forschungsmittel können die Physik nicht ändern. Mehr als 100 W/m² gibt es in unseren Breitengraden im Jahresdurchschnitt nicht. Im Jahr mit rund 8700 Stunden sind bei uns nur rund 1000 Stunden für die Solar-Stromproduktion nutzbar. Daran werden auch Milliarden Franken an Subventionen nichts ändern können.

*Dr. Irene Aegerter,
Vizedirektorin vom Verband
Schweizerische
Elektrizitätswerke (VSE)*

Die Energiewende – eine Antwort

Es ist sicher zu begrüßen, wenn junge Politiker versuchen, alte Fragen neu und anders anzupacken. Doch es ist unerlässlich, dass die bürgerliche Seite, sofern es sich nicht um reine Meinungsäusserungen handelt, sich an sachlich fundierte Aussagen hält. Der Artikel von Andreas Gadmer ist jedoch fachlich nicht korrekt und baut gleichzeitig auf Illusionen auf, so dass sich eine Richtigstellung aufdrängt.

Zunächst zur «Gratisenergie». Die angegebene Menge Sonnenenergie (1000 kWh/m²), welche in der Schweiz zur Verfügung stehen soll, ist sowohl in der Höhe wie auch in der Masseinheit falsch. Die Strahlungsleistung der Sonne beträgt rund 1000 W/m², aber nur am Äquator bei höchster Insolation, d. h. wenn die Sonne dort im Zenit steht. In unseren Breitengraden ist der maximale Einfallswinkel bedeutend kleiner. Ausserdem müssen weitere Faktoren wie zum Beispiel der Trübungskoeffizient mit einberechnet werden, so dass die Strahlungsleistung in der Schweiz bedeutend geringer ist als die optimalen 1000 W/m².

Dazu kommt der geringe Wirkungsgrad der heutigen Solarzellen, welcher meistens zwischen zehn und zwölf Prozent im Maximum liegt. Durchschnittlich muss von einem Wirkungsgrad von nur acht bis zehn Prozent ausgegangen werden. Unter Einbezug all dieser Faktoren ergibt sich für unsere Breitengrade im Jahresdurchschnitt eine mittlere Leistung von ca. 100 W für einen m² Solarzellen. Bei einer Betriebszeit einer Photovoltaikanlage von etwa 1000 Stunden im Jahr (was für Mitteleuropa realistisch ist) können somit rund 100 kWh Strom pro m² und Jahr erzeugt werden. Die erwartete Verbesserung des Wirkungsgrades der Solarzellen stösst auf gewisse Grenzen, die sich aus der Festkörperphysik ergeben.

Sowohl bei der Sonnen- wie auch bei der Windenergie (um nur die wesentlichsten der sogenannten neuen erneuerbaren Energien zu nennen) besteht neben der geringen Ausbeutungsmöglichkeit der Energie-

quelle das Problem der unsteten Verfügbarkeit und der Schwankung der verfügbaren Leistung. Bei der Umwandlung von Sonnenenergie in Elektrizität stellt sich bei der Kopplung von Solaranlagen mit einem Netz, das die Nachfrage augenblicklich durch die zur Verfügung stehende Leistung decken muss, neben dem Tag-Nacht-Rhythmus das Problem der sich unvorhersehbar ändernden Leistung (Bewölkung usw.). Photovoltaische Zellen können ausserdem durch Verunreinigungen und andere Einwirkungen beeinträchtigt werden. Ebenso ist der grosse Flächenbedarf mit einzubeziehen. In Ermangelung von speziellen Speicheranlagen kann die Sonnenenergie zu einem vorher nicht zu ermittelnden Zeitpunkt Energie ersetzen, aber keine Leistungskapazität substituieren, wie sie zur Deckung der Nachfrage eines Systems vorhanden sein muss. Solche riesigen Speicheranlagen müssten voraussichtlich auf neuen technischen Verfahren basieren und sind in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten.

Recht hilflos mutet die Bemerkung an, die Herstellung von photovoltaischen Siliziumzellen sei problemlos, weil schliesslich rund 28 Prozent der Erdoberfläche mit Quarzsand und Kieselsteinen, welche aus Silizium bestünden, bedeckt seien. Die Herstellung von Siliziumzellen beschränkt sich nicht auf das Abfüllen von Quarzsand, sondern ist ein höchst kompliziertes technisches, energetisch und wirtschaftlich aufwendiges Verfahren.

Noch stärker als bei der Sonnenenergie besteht bei der Windenergie das Problem der

schwankenden Leistung. Sie ändert sich in der dritten Potenz der Windgeschwindigkeit. Dies hat zur Folge, dass aus mechanischen Gründen ein Windgenerator nur innerhalb einer bestimmten Bandbreite der Windgeschwindigkeit betrieben werden kann. Bei zu geringer Windgeschwindigkeit dreht sich das Windrad nicht wegen des Reibungswiderstandes, und oberhalb eines Maximalwertes muss es wegen der zu hohen mechanischen Belastung abgestellt werden. Will man das Windrad an ein anderes System ankoppeln, so sind wegen der ständigen Leistungsschwankungen besondere technische Vorkehrungen nötig. Fasst man grössere Leistungen zusammen, so geschieht dies in sogenannten Windparks, die allerdings wegen ihrer beachtlichen Umweltbeeinträchtigungen bereits auf Widerstand stossen.

Sonnen- und Windenergie sind also weitestgehend nur in vorher nicht bestimmbarer Zeitabständen und -spannen verfügbar. Das heisst aber auch, dass sie plötzlich und ohne Vorwarnung ausfallen können. Dies ist, solange diese Energien nur einen Bruchteil des Bedarfes decken, vernachlässigbar. Welches wären aber die technischen und wirtschaftlichen Folgen, wenn die Sensibilitätsschwelle erreicht wäre?

Für die Stromproduktion hätte das öffentliche Netz schwerwiegende Belastungen in Kauf zu nehmen, wenn ein grösserer Prozentsatz der Elektrizität aus diesen Energiequellen erzeugt werden müsste. Sollten diese Energien zur Elektrizitätsproduktion tatsächlich einmal grössere Mengen (> 10 Prozent) von konventionellen Energien substituieren, ist, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, die gleiche Kapazität an augenblicklich einsetzbaren konventionellen Energien in Reserve zu halten. Bei dieser unerlässlichen «Doppelspurigkeit» sind in erster Linie die wirtschaftlichen Konsequenzen,

aber auch andere Auswirkungen in Betracht zu ziehen. Auf die Frage der Wirtschaftlichkeit bzw. der Unwirtschaftlichkeit der neuen erneuerbaren Energien soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Es ist nicht zu bestreiten, dass in Einzelfällen der Einsatz von Solar- oder Windenergie technisch und wirtschaftlich sinnvoll sein kann. Daher ist es auch bis zu einem gewissen Grad vertretbar, die Forschung auf diesem Gebiet weiter zu fördern. Auf keinen Fall darf man den zurzeit fast ausnahmslos finanziell unterstützten Einsatz von Sonnen- und Windenergie als einen Einstieg in eine auf diese Energiequellen gestützte Energiewirtschaft auffassen oder gar verkünden.

Selbst der Direktor von Siemens Solar, dem weltweit grössten Produzenten von Photovoltaikanlagen, sagte neulich, diese Technik sei ein effektiver Luxus. Der Einsatz dieser Energien muss dem Stand der Technik Rechnung tragen, und es dürfen in der Öffentlichkeit keine zurzeit nicht berechtigten Hoffnungen – seien sie noch so medienträftig – geweckt werden. Die Aussage, für den Durchbruch der Solarenergie brauche es einzig eine klare Starthilfe, ist nicht zu verantworten, denn die Leser und Leserinnen werden dadurch hinter Licht geführt.

Ob die Jungfreisinnigen die Solar- und die Energie-Umwelt-Initiative weiterhin unterstützen wollen, sollten sie sich reiflich überlegen. Jedenfalls dürfen sie dies nicht gestützt auf oberflächliche Aussagen und Wunschvorstellungen tun, sondern müssen die Wirklichkeit sachlich korrekt darstellen. Alles andere ist unehrlich.

Dr. iur./dipl. phil. H.M. Heierle

VORANZEIGE

Fachtagung

«Bildung und Forschung – Bausteine für eine Schweiz mit Zukunft»: so lautet der Titel einer Fachtagung, welche die FDP der Schweiz am 18. März 1995 an der Universität Bern durchführt. Das Thema wird durch eine Reihe von Referaten umrissen. Im Anschluss daran werden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen verschiedener Arbeitsgruppen mit aktuellen Bildungsfragen befassen können.

Interessierte können sich schon jetzt anmelden:

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51

Rollende Programmarbeit

Die FDP ist ständig à jour. Seit einiger Zeit hat sie vom System der Programmerarbeitung alle vier Jahre zum System der rollenden Planung gewechselt. Folgende Positionspapiere können gratis bestellt werden:

- Ich bestelle _____ Ex. **Neutralität**
- _____ Ex. **Finanz- und Steuerpolitik**
- _____ Ex. **Patentierbarkeit von Erfindungen betreffend Organismen**
- _____ Ex. **Tourismus**
- _____ Ex. **Wohnen**
- _____ Ex. **Entwicklungshilfe**

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51

LESERBRIEF

Konzessionsprojekt Curciusa: Die ungute Ahnung hat sich bestätigt

Bundesrätin Dreifuss hat sich ihre Vermutung, das Val Curciusa sei schutzwürdig, durch «ihre» Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission bestätigen lassen. Diese Vorahnung hat sich nun als richtig erwiesen. Die FDP Graubünden ist nach wie vor der Auffassung, dass keine Bundesbehörde dazu legitimiert ist, Massnahmen zu treffen, um das energie- und regionalwirtschaftlich interessante Werk zu verhindern.

Neben der Bestätigung durch die Gemeinden hat das Projekt der Misoxer Kraftwerke AG bekanntlich auch die Umweltverträglichkeitsprüfung durch die Regierung im Oktober 1990 bestanden. Das Bundesgericht hat mit seinem Entscheid vom 23. Juni 1993 klar zum Ausdruck gebracht, dass das Projekt – und insbesondere der Stausee im oberen Teil des Val Curciusa – grundsätzlich realisierbar ist.

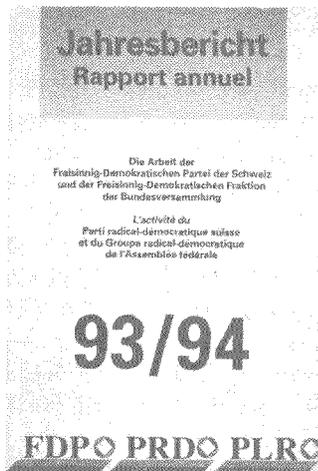
Der Bund hat bei den ihm seit den fünfziger Jahren bekannten Projekten nie Anstalten gemacht, das erwähnte Gebiet zu einem

«Gebiet von nationaler Bedeutung» zu erklären. Die jetzige Handlung in dieser Richtung zeugt von einem eigenartigen Verständnis unserer Rechtsordnung. Sie lässt Verhinderungsabsichten vermuten. Diese Aktivitäten des Eidgenössischen Departementes des Innern, welche in die Kompetenzen der Gemeinden (Gewässerhoheit) und der Kantone (Fischerei, Natur- und Heimatschutz usw.) eingreifen, dürfen nicht akzeptiert werden.

Die FDP Graubünden verurteilt erneut die bereits getroffene und allenfalls auch weitere derartige Massnahmen des Bundes mit aller Deutlichkeit. Es kann besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht angehen, dass der Bund bereitstehende Investitionen Privater blockiert oder verhindert. Dies passt auch überhaupt nicht in eine Bundespolitik, welche mit Steuergeldern die Wirtschafts- und Beschäftigungslage verbessern will.

*Silvio Zuccolini,
 Pressechef FDP Graubünden*

Die Arbeit der FDP

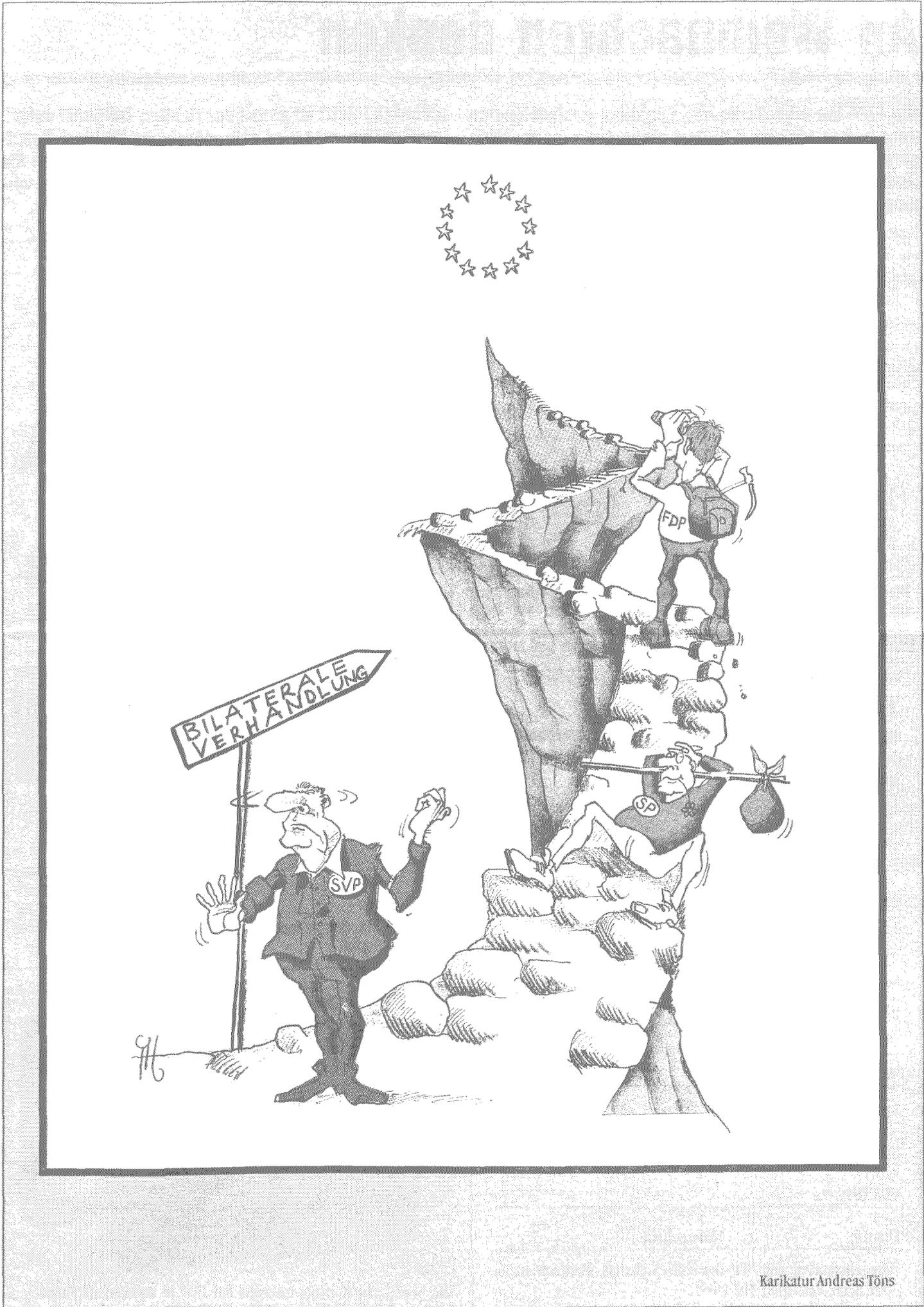


Ich bestelle: _____ Ex. Jahresbericht 93/94

(1 Ex. gratis, 240 Seiten, dt./frz.)

Name: _____
 Vorname: _____
 Str./Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Datum: _____
 Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 FDP-Generalsekretariat
 Postfach 6136
 3001 Bern
 Fax (031) 312 19 51

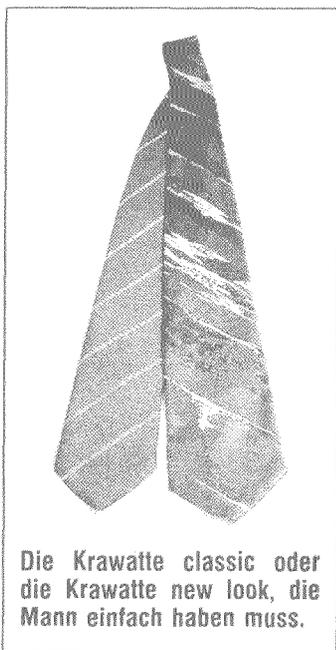


Karikatur Andreas Töns

An Weihnachten denken

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Denken Sie an Weihnachten! Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber

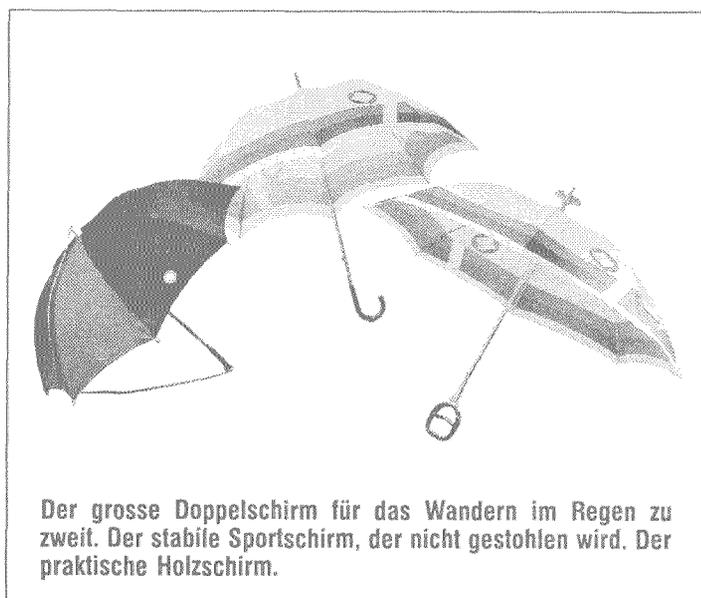
schenken? Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Im nächsten Jahr sind eidgenössische Wahlen. Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.



Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.

Talon

Ich bestelle:

- ___ Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.–
- ___ Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.–
- ___ Ex. Portefeuille à Fr. 44.–
- ___ Ex. Doppelschirm à Fr. 30.–
- ___ Ex. Sportschirm à Fr. 30.–
- ___ Ex. Holzschirm à Fr. 35.–
- ___ Ex. Krawatte classic à Fr. 40.–
- ___ Ex. Krawatte new look à Fr. 40.–
- ___ Ex. Festschrift à Fr. 15.–

Name: _____

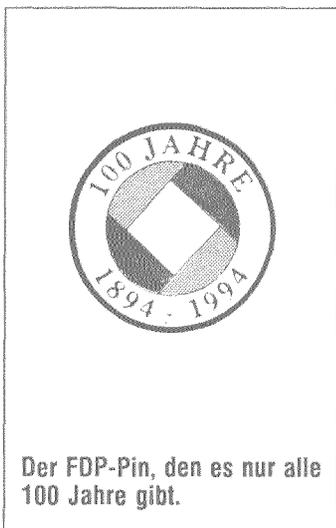
Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

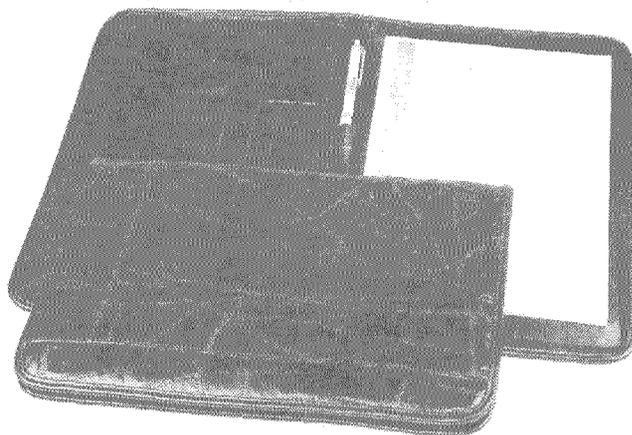
Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem und der Agenda für 1995 aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.